

Rossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabnahme sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitungsbilder“ und „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein: Chefredakteur: Georg Bernhard Verano, Redakteur im Assn. d. Handeltreibl.: Carl Misch Berlin Damer. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postamt-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3605, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3606-3608. Telegramm-Adresse: Ullstein-Ans. Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Wer hat bei Glarefs gefauft?

Der Magistrat nennt zwanzig höhere Beamte

Der Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit:

„Die im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft vom Bürgermeister Gehlisch beauftragten Beamten der Stadt haben heute die Konten in den Büchern der Firma Glaref im Kriminalgerichtsgedäude eingesehen. Es handelt sich um drei Bände, die im ganzen 1700 Konten umfassen, und daneben um zwei Kladden. Kontobücher wie Kladden beziehen sich auf die letzten drei Jahre.“

Ob den 1700 Konten betreffen sehr viele außenstehende Personen, zum Beispiel freie Arbeiter und Angestellte und Beamte der Reichs- und Staatsbehörden. Die

meisten Rechnungen sind durch Zahlung ausgeglichen, etwa fünfzig Konten tragen noch ein häufig sehr kleines Debet. Die Durchsicht der hunderttausend Konten wird noch längerer Zeit erfordern. Daß eine so hohe Anzahl von Konten hunderttausend Personen vorhanden ist, ist nicht verwunderlich, da in dem wöchentlich erscheinenden „Anzeiger der Stadt Berlin“ häufig ein ganzseitiges Inserat der R. G. G. mit dem Hinweis auf Zahlungserleichterungen aufgenommen war.

Die Kundenliste der beiden Kladden umfaßt die folgenden Namen höherer Beamter und Angestellter: Stadtbaurat Dr. Adler, Stadtrat Bened, Stadtrat Göbel, Stadtschreiber Sydoh, Stadtrat Dr. Treitel, Bürgermeister Köhl, Bürger-

meister Schneider, Stadtrat Gottschalk, Stadtrat Götzig, Stadtrat Rabitz, Stadtrat Weber, Verwaltungsdirektor Dymov, Verwaltungsdirektor Gader, Direktor Brödel, Obermagistratsrat Schallbach, Obermagistratsrat Kunowitz, Stadtmagistrat Sotomowitsch sowie die Herren Siebert und Zettrich von der R. G. G. Außerdem hat ein Herr Böhm aus Berlin, (der handelt sich offenbar um einen der beiden Söhne des Berliner Oberbürgermeisters, (S. Reb.)

Dies ist eine Liste von Kunden, woraus sich noch keineswegs irgendein Schlüssel läßt, daß diese Kunden einen Vorteil aus dem Kauf gehabt haben. Dies muß erst die staatsanwaltschaftliche oder disziplinarische Untersuchung ergeben.

Ferner ist wichtig, daß aus den Kladdenkonten die Konten von Stadtrat Gottschalk und Obermagistratsrat Schallbach längst ausgeglichen sind, und wahrscheinlich dürfte eine sehr nicht festzuhaltende Anzahl anderer Konten ebenfalls durch Zahlung ausgeglichen sein.“

(Auf der zweiten Seite berichten wir über die Berechnungen der Brüder Glaref.)

Die Seeabrüstungs-Basis

Der Inhalt der englisch-amerikanischen Vereinbarungen

London, 8. Oktober | Ullstein-Nachrichtendienst

Das Einladungsheftchen für eine Seeabrüstungs-Konferenz, von den Vereinigten im Auftrag der englischen Regierung an die Botschafter von Frankreich, Spanien und Japan in London gerichtet hat, hängt mit der Feststellung an, daß infolge der Verhandlungen, die zwischen MacDonald und Dewes geführt worden seien, „so möglich sei, jetzt schlussendlich, daß keine Frage von ersterlicher Bedeutung mehr vorhanden ist, die eine Lebensentscheidung zwischen England und Amerika verhindern könnte.“ Im weiteren Verlauf der Note wird festgestellt, daß MacDonald fortwährend die betreffenden Botschafter über seine Verhandlungen mit Dewes informiert habe, und daß „im vorläufigen Hebererinnern“ über die folgenden Gesichtspunkte erreicht worden sei.

1. Die Unterhaltungen zwischen England und Amerika seien die Folgezungen aus der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes und hätten zum Ziele, die englische und amerikanische Stellungnahme zur Frage der nationalen Sicherheit fest zu revidieren, nachdem ausdrücklich auf den Krieg verzichtet worden sei.

2. In den englisch-amerikanischen Verhandlungen sei das Prinzip der Parität für alle Schiffsklassen der Flotte zugestanden worden, und es sei festgelegt worden, daß diese Parität bis zum 31. Dezember 1930 zu erreichen sei; für die englische Berechnung der Parität würden auch die Schiffsklassen der Dominions mit einbezogen werden;

3. Zum Verhältnis der Verhandlungen sei die Frage des Ersatzes der Schlachtschiffe erörtert worden, und es sei Lebensentscheidung ergiebt worden, daß es zweckmäßig sei, das Programm für den Ersatz der Schlachtschiffe, das im Washingtoner Abkommen niedergelegt ist, im Sinne der Verminderung des Schlachtschiff-Ersatzes zu revidieren.

4. England und Amerika seien der Ansicht, daß eine Abkündigung des Interzetbes als Basis anzunehmen sei. Eine Einigung über diese Frage werde aber erst erreicht werden können im Verlaufe der Konferenz mit anderen Mächten.

Im Hinblick auf diese Verhandlungen seien die englische und die amerikanische Regierung der Ansicht, daß es notwendig sei, eine Flottenabrüstungs-Konferenz einzuberufen, die sich mit den Schiffklassen beschäftigen solle, die nicht im Washingtoner Abkommen limitiert seien, und daß diese Konferenz auch die Frage der Schlachtschiff-Ersatzpläne prüfen solle.

Die englische und die amerikanische Regierung legen die Hoffnung, daß die französische, italienische und japanische Regierung bereit sein werden, Vertreter zu einer Konferenz zu entsenden, die in der dritten Woche des Januar 1930 in London zusammenzutreten soll und an der auch der Vertreter der englischen Dominions mit einbezogen werden;

An dem Schlußsatz der Note heißt die englische Regierung hervor, daß das englische Staatsrecht dem bereit ist, jederzeit mit den Botschaftern von Frankreich, Spanien und Japan vorbereitete Verhandlungen zur Ausführung von bestimmten Programmpunkten zu führen. Die englische Regierung erachtet um Vorfälle, welche anderen Gesichtspunkte der Flottenabkündigung

aufßer den angeführten noch auf der Konferenz erörtert werden können.

Zum Schluß wird in der englischen Note betont, daß der Text einer Konvention, der auf dieser Flottenabrüstungskonferenz vereinbart werden würde, geeignet sein würde, die Aufgaben des vorbereitenden Abrüstungsausschusses des Völkerbundes und einer Weltabrüstungskonferenz zu erleichtern.

Seite nachmittags verlautet, daß die japanische Regierung erklärt hat, daß sie die englische Einladung nach London in einer

Große Politik um Bessedoffski

Dowgalewski, Tschischerin, Litwinow im Hintergrund

Paris, 8. Oktober | Ullstein-Nachrichtendienst

Die Äußerung des von der höchsten russischen Botschaft gestellten russischen Gesellschafters Bessedoffski hat sich aus der leistungspolitischen Äußerung des ersten Ranges entwickelt, deren Hintergrund die in die höchsten Kreise der Sowjetpolitik hineingelassen. Nach fest bestimmten Gerichten, die in Paris in Umlauf sind und sich aus der Umgebung der Sowjetpolitik und der Botschaftsvertretung herleiten, soll der Etanab Bessedoffski auch die Stellung des Botschafters Dowgalewski empfindlich erleichtert haben.

Der G. V. D. -Deputierte Bessmann, der eigens aus Moskau nach Paris herbeigekommen, um Bessedoffski den Prozeß zu machen, soll gestern am Tage vor seiner Abreise, vor dem veranlassenden Personal der Botschaft die Erklärung abgegeben haben, daß Botschafter Dowgalewski sich bereits seit längerer Zeit bemüht habe, die konterrevolutionäre Aktivität seines erkrankten Mitarbeiters vor den Moskauer Vorgesetzten zu vertuschen.

Aber andere Botschafter an der Stelle Dowgalewski hätte Bessedoffski längst nach Moskau heimgeschickt, und eine Unter-

suchung gegen ihn veranlaßt. Dowgalewski werde sich vor der Soviet-Regierung zu dem Etanab, der sich in Paris ereignet hat, zu verantworten haben.

Die erwähnten Gerichte, die vor allem der als Informationsquelle im allgemeinen verlässliche „Internatsionel“ veröffentlicht, besagen weiter, daß Dowgalewski einen aussergewöhnlichen telegraphischen Bericht über die Vorfälle an das russische Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten gerichtet habe, der aber bisher unbeantwortet geblieben ist.

Die Gründe des Moskauer Schwiegens sollen sich aus den bekannten Eiferthatsachen zwischen Tschischerin und Litwinow herleiten. Tschischerin selbst ist seit 19 Monaten auf Urlaub und weigert sich angeblich, zurückzukehren, solange Litwinow zum Ende des Völkerkommunismus gehört. Litwinow wiederum, dessen Privatgeheimnis sich, hätte sich, zum ersten Mal seit seiner Schicksals in die Öffentlichkeit eingeklärt, da er für seinen eigenen Fall fürchtete, um so mehr, als er genau wisse, daß Stalin nach einem Verordnungs lücht, um Litwinow durch Stjokow zu ersetzen, da er Stjokow aus dem Politbüro loswerden möchte.

Der Charakter der Reparationsbank

Wie gestern abend war die Arbeit des Organisations-Ausschusses für die Internationale Bank so weit gekommen, daß nunmehr die ersten 24 von im ganzen etwa 70 durchzubereitenden Paragraphen der Statutenentwürfe in erster Lesung kurzweilig durchgegangen sind. Man beschäftigte sich an diesem Abend besonders mit der Frage der Einlagen, zu deren Ausgestaltung die Bank laut Young-Plan berechtigt ist, und mit den dafür zu bewilligenden Zinsen. In Frage kommen hauptsächlich drei Kategorien für Einlagen, nämlich die Einlagen aus Annuitäten-Konten, „obwohl die Einlagen von zentralen Banken und schließlich auch von Nebenländern der deutschen Regierung.

Die Art der Deckung und ihre Verzinsung, je nachdem die Einlagen langfristige oder kurzfristige sind, ist im Statut der Bank zu regeln. Alles das hat definitive Dinge. Ueberall ergiebt sich, daß auf die eigenartige Stellung der Bank Bedacht zu nehmen ist, welche weder eine private Kreditbank noch eine Notenbank sein soll, sondern einen ganz neuen Charakter tragen wird. Im besonderen geht die Arbeit dahin, die Bank so auszugestalten, daß sie dem bescheidenen Privatbankenten möglichst freien Wettbewerb macht, sondern ihrer im Young-Plan formulierten Aufgabe gerecht wird, zugleich die Möglichkeiten für den internationalen Kapitalverkehr und ein brauchbares Werkzeug zur Förderung der internationalen finanziellen Beziehungen zu schaffen.